

NDB-Artikel

Landsberg, Otto Politiker, Jurist, *4.12.1869 Rybnik (Oberschlesien), † 9.12.1957 Baarn bei Utrecht. (israelitisch, dann konfessionslos)

Genealogie

V N. N., Geh. Medizinalrat, Kreisarzt in Ostrowo (Prov. Posen);

M N. N., ⚭ Ilse Landsberg-Christiansen.

Leben

L. besuchte das Gymnasium in Ostrowo, wo er 1887 das Abitur ablegte. Der Hochbegabte studierte in Berlin Rechtswissenschaften, legte 1890 das juristische Staatsexamen ab und schloß sich im gleichen Jahr der SPD an. Als Referendar war er in Gostyn, Ostrowo und Posen tätig. Nach der Assessorprüfung ließ sich L. 1895 als Rechtsanwalt in Magdeburg nieder, wo er sich als Verteidiger einen Namen erwarb und 1903-09 als Stadtverordneter politische Erfahrungen sammelte. Nachdem 1907 der Versuch, in Schwarzburg-Sondershausen zum Reichstagsabgeordneten gewählt zu werden, mißlungen war, gelang es ihm 1912, das Magdeburger Reichstagsmandat für die SPD zurückzuerobern. Der Fraktionsneuling verließ im Mai 1912, als der Reichstag vertagt wurde, bei der Ausbringung des Kaiserhochs nicht den Saal, sondern hörte es stehend mit an, womit er gegen Parteitradition und Fraktionsdisziplin verstieß, aber eigenen Willen und Courage bewies. Reden im Plenum, z. B. zum Justizetat, zeigten L. als talentierten Juristen und ausgezeichneten Redner.

Während des 1. Weltkriegs stand L. in allen entscheidenden Fragen bei der Fraktionsmehrheit und den Gegnern von K. Liebknecht und H. Haase. Besonders nach dem 1916 erfolgten Ausscheiden der Linksabweichler trat er immer stärker in der Fraktion hervor, zumal dieser nur noch wenige Juristen angehörten. L. sprach oft im Reichstag, so regelmäßig zum Justizhaushalt. Absolut national gesinnt, bejahte er die Kriegskredite und setzte sich entschieden für die territoriale Unversehrtheit des Reiches einschließlich Elsaß-Lothringens ein, lehnte aber deutsche Annexionen ab. Immer wieder forderte L., auch als Mitglied des Verfassungsausschusses des Reichstags, innenpolitische Reformen, Demokratisierung und Änderungen des Wahlrechts in Preußen und im Reich. Am 23.10.1918 wurde er als Beisitzer in den Fraktionsvorstand gewählt und auch in den Interfraktionellen Ausschuß entsandt, in dem er für Verhältniswahl, Frauenstimmrecht und Demokratisierung der preußischen Verwaltung plädierte.

Den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn erlebte L. als eines der drei mehrheitssozialistischen Mitglieder des am 10.11.1918 gebildeten Rates der Volksbeauftragten. An der Seite Eberts stritt er für parlamentarische

Demokratie und Nationalversammlung und erwies sich als Gegner linksradikaler Umsturzversuche. Er befürwortete das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland, wurde am 19.1.1919 für Magdeburg und Anhalt in die Nationalversammlung gewählt, am 11.2.1919 Staatssekretär des Reichsjustizamts und am 13.2.1919 Reichsjustizminister. L. war Mitglied der zu den Friedensverhandlungen nach Versailles entsandten Delegation, sprach sich gegen die Unterzeichnung des Vertrags aus, trat als Minister zurück und gehörte der neuen Regierung nicht mehr an. An der Abstimmung der Nationalversammlung über den Friedensvertrag beteiligte er sich nicht.

L.s juristische Fähigkeiten, seine Kultiviertheit, die in Versailles erworbenen Erfahrungen und der Mangel an Sozialdemokraten im diplomatischen Dienst des Reiches führten zu seiner Ernennung zum Geschäftsträger, dann Gesandten in Belgien (1920). Diese Tätigkeit war aber nicht sehr erfolgreich und endete praktisch mit der Anfang 1923 wegen der Ruhrbesetzung erfolgten Rückberufung nach Berlin, wo L. seit 1924 wieder als Rechtsanwalt wirkte. Im Magdeburger Reichspräsidentenprozeß war er Rechtsbeistand seines Freundes Ebert, im Münchner Dolchstoßprozeß wies er 1925 als Zeuge die gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe zurück. 1924-33 gehörte er wieder dem Reichstag an, jeweils auf Grund des Reichswahlvorschlags der SPD gewählt, zu deren führenden Rechtsexperten er zählte. L. wandte sich gegen die Amnestierung der Fememörder, bedauerte die Entartung des politischen Kampfes und kritisierte die einseitig gegen die Linke gerichteten Urteile mancher Richter. Rechtsfragen standen auch im Vordergrund der publizistischen Arbeit von L., der sich bereits 1933 über die Tschechoslowakei und Belgien in das niederländische Exil begab, wo er im Krieg von Freunden verborgen wurde und auch nach 1945 blieb.

Werke

Student u. Politik, o. J. (1925) (*Broschüre*);

Die pol. Krise d. Gegenwart, 1931 (*Broschüre*);

Reden in d. Stenogr. Berr. d. Reichstags u. d. Nat.verslg. |

Nachlass

Nachlaß: Bundesarchiv Koblenz.

Literatur

J. Fischart, Das alte u. d. neue System, NF: Die Männer d. Übergangszeit, 1920, S. 127-30;

F. Osterroth, Biogr. Lex. d. Sozialismus I, 1960, S. 176 f.;

E. Hamburger, Juden im öffentl. Leben Dtl.d.s, 1968, S. 509-15;

H.-L. Abmeier, O. L., Gedenkbl. anlässlich s. 100. Geb.tages, in: Jb. d. |Schles. Friedrich-Wilhelm-Univ. zu Breslau 14, 1969, S. 330-55;

Gesch. d. dt. Arbeiterbewegung, Biogr. Lex., 1970.

Portraits

in: Hdb. d. Reichstages u. d. Vfg.gebenden Nat.verslg.

Autor

Hans-Ludwig Abmeier

Empfohlene Zitierweise

, „Landsberg, Otto“, in: Neue Deutsche Biographie 13 (1982), S. 514-515
[Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Mai 2025

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
